

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich 1 Mk., monatl. 35 Pf. Bei Bestellung im Voraus durch unser Postamt in der Höhe und auf den Zweck anerkennen. Bei Bestellungen in der Höhe und auf den Zweck anerkennen. Bei Bestellungen in der Höhe und auf den Zweck anerkennen.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 2seitig. Illustriertes Unterhaltungsblatt mit neuesten Romanen und Novellen. 4seit. landwirtsch. u. handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Zeile oder deren Raum für vier Wochen und 10 Zeilen 10 Mk., für die folgenden 20 Mk., für die folgenden 40 Mk. Bei längerem Satz entsprechender Satzpreise. Bei Anzeigen für die ersten 10 Zeilen 10 Mk., für die folgenden 20 Mk., für die folgenden 40 Mk. Bei Anzeigen für die ersten 10 Zeilen 10 Mk., für die folgenden 20 Mk., für die folgenden 40 Mk.

Nr. 35.

Freitag den 10. Februar 1911.

37. Jahrg.

Gegnerische Fälschungen.

Bei der Schlussabstimmung über das Wertzuwachssteuergesetz haben bekanntlich 17 Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei für das Gesetz gestimmt, die übrigen dagegen. Obwohl allgemein anerkannt wurde, daß der Grundgedanke des Gesetzes richtig sei, war für den größten Teil der Partei entscheidend, daß eine Reihe von abschwächenden oder direkt ungerechtfertigten Bestimmungen allzu schwer gegen das Gesetz in die Waagschale fallen müßten. Wenn die Vertreter des Bundes der Landwirte (sich jetzt unmittelbar nach dem Zustandekommen des Gesetzes erklären, wie dies z. B. der Abg. Dr. Hahn in einer Rinderberufungssitzung zu Götting getan hat, daß die Freistimmigen dagegen, die Agrarier aber für das Gesetz gestimmt hätten, so steht diese Behauptung nach beiden Richtungen hin mit den Tatsachen im Widerspruch. Denn es ist auch hervorzuheben, daß eine Reihe hervorragender Agrarier sich dem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten haben. Wir erinnern hier nur daran, daß von den konfessionellen Partei-Männern wie die Abgeordneten Graf Panitz, v. Lindenburg, Graf Schwerin-Löwitz, die Herr Dr. Hahn doch sicherlich als „Agrarier“ gelten lassen wird, sich dem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten haben. Es erscheint nehmend, schon jetzt der Fälschung der Tatsachen, wie sie vom Bunde der Landwirte beliebt zu werden scheint, auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Selbstverständlich steht auch die antisemitische Presse nicht, wenn es gilt, die Angelegenheit der Wertzuwachssteuer als Agitationsmittel gegen die fortschrittliche Volkspartei auszunutzen, und ebenso selbstverständlich ist es, daß hierbei mit den üblichen persönlichen Verdächtigungen und positiven Unrichtigkeiten gearbeitet wird. So wird in den Deutsch-Sozialen Blättern ausgeführt, man könne sich denken, welcher Art die vorgeschlagenen freistimmigen Verbesserungen seien: „Sind doch führende Abgeordnete der Fortschrittler in schwer bezahlten Vorstandsposten von Bodenbesitzungs-Gesellschaften tätig. Noch in der dritten Lesung stellte der Abg. Cuno zahlreiche Verbesserungsvorschläge, die alle abgelehnt wurden.“

Auch hier erscheint also wieder die infame Verdächtigung, daß Abgeordnete der fortschrittlichen Volkspartei aus persönlichen Gründen gegen die Wertzuwachssteuer gestimmt hätten, aber man wagt es nicht mehr, positive Namen zu nennen, nachdem feinerzeit die Nennung des Namens Dr. Neumann-Hofer dem antisemitischen Blatte eine so energiegeladene Zurückweisung verschafft hatte (Abg. Dr. Neumann-Hofer gehört übrigens bekanntlich zu denjenigen Abgeordneten, die in der Gesamtabstimmung für das Gesetz eingetreten sind). Nachdem das Antisemitenblatt wiederum unbeweisbare Verdächtigungen ausgesprochen hat, erkläre ich den Gipfel der Unwissenheit, indem es mit der ihm üblichen überlegenen Miene behauptet, es sei ein „recht dreister Schwindel“, zu behaupten, es habe ein Teil der fortschrittlichen Volkspartei gegen das Gesetz gestimmt, höchstens zwei oder drei Fortschrittler hätten dafür gestimmt, die anderen 47 aber dagegen. Solche offenkundigen, sofort zu widerlegenden Behauptungen wagt das Blatt der Rindermann v. Sonnenberg und Raab seinen Lesern vorzutragen!

Die Zweverbandsgesetze.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Bei der Diskussion über das allgemeine Zweverbandsgesetz verglich der Redner der Volkspartei, Abg. Stadtrat Fleißig, die angeführten Zweverbande mit der ebenfalls angeführten inneren Konfession. Welche Toren werden von allen Parteien, von den Konfessionen bis zu den Sozialdemokraten, als nämlich an erkannt. Aber in den Kreisen der Großgrundbesitzer besteht doch ein starker Widerstand gegen die innere Konfession; man hätte sie, wie ein konservativer Führer verriet, für „ein etwas liberalisierendes Mandat, das aus falsch verstandenen sozialen Gesichtspunkten ins Werk gesetzt wurde.“ Und ganz

ebenso erklärte Stadtrat Fleißig, haben viele Kreise in den städtischen Verwaltungen keine Freude und kein Zutrauen zu den Zweverbanden, man hält sie für ein etwas konservatives Mandat, das aus falsch verstandenen politischen Gesichtspunkten ins Werk gesetzt werden soll. Und sicher ist allerdings, daß viele der Befürworter des Gesetzes wesentlich die Verhütung weiterer Eingemeindungen bezwecken; man will nicht, daß die größeren Städte die Dörfer in ihrer Umgebung aufsaugen, dadurch immer größerer Gewicht in den Kreis und damit auch in den Provinzialverwaltungen gewinnen und den Einfluß des Großgrundbesitzes zuwiderbringen. Man will lieber den Zustand, daß durch Beschluß der Kreisversammlungen und der Bezirksversammlungen die Städte gezwungen werden können, mit anderen kleineren Gemeinden und Gutsbezirken Zweverbände einzugehen „zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten“, damit zunächst der Kreisversammlungen oder der Bezirksversammlungen, falls eine Gemeinde sich nicht freiwillig mit dem Eintritt einverstanden erklärt, deren Zustimmung ergänzt und daß demnächst der Oberpräsident über die Bildung des Zweverbandes endgültig beschließt. Der Zweverband stellt dann gewissermaßen eine Gemeinde höherer Ordnung dar. Er hat seine eigene Gemeindevertretung, den Zweverbandsausschuß, in dem die Bürgermeister aller „Zweverbundenen“ Gemeinden und für jeden Gutsbezirk ein Vertreter sitzen, in dem aber, wenn im Zweverband mehr als drei Gemeinden oder Gutsbezirke vertreten sind, kein Verbandsmitglied mehr als $\frac{1}{2}$ der Stimmen haben darf. Eine große Stadt, die mit einem halben Duzend kleiner Orte zu einem Zweverband, etwa für den Betrieb eines Elektrizitätswerkes oder zur Durchführung der Kanalisation, vereinigt ist, ist also sicher, stets überstimmt zu werden.

Der Zweverband hat auch eine Art Bürgermeister, den Verbandsvorsitzer, der stets der Bestätigung durch die Kommunal-Aufsichtsbehörden bedarf, auch wenn er an sich z. B. in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied einer solchen Bestätigung gänzlich bedürfte.

Und der Zweverband hat endlich auch eine Art Verbandsverwaltung, eine Saqung und eine Art Verbandsrat: das Recht, Verträge zu erheben; alle durch Verträge, die vereinbart werden, aber vom Kreis- (Bezirks-) Ausschuss bestätigt und wenn sich die Beteiligten nicht einigen, in höchster Instanz vom Oberpräsidenten festgesetzt werden — bis Du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Alles dies gilt freilich nicht für alle Zweverbände, sondern nur für diejenigen, die gebildet werden sollen, „weil das öffentliche Interesse die Verbindung zur Wahrung einzelner kommunaler Angelegenheiten verlangt“. Aber was öffentliches Interesse ist und wann das öffentliche Interesse die zwangsweise Verbindung verlangt, bestimmt nicht das Gesetz, sondern wieder Kreisversammlungen oder Bezirksversammlungen und Oberpräsident. Der Entwurf sagt nur, daß der Zwang, die „autoritative Verbandsbildung“, überall möglich sei, wo es sich um Aufgaben handelt, die den Gemeinden gesetzlich obliegen oder die von den einzelnen zu vereinigen den Gemeinden bereits freiwillig übernommen sind oder um Elektrizitätsversorgung und öffentliche Verkehrsverbindungen (Reisen usw.).

Mit Recht wurde in den Versammlungen darauf hingewiesen, daß diese Begriffe teils vollständig unbestimmt sind, teils gerade die wichtigsten und finanziell bedeutsamsten Gemeindefunktionen in sich fassen, die also durch die Zwangs-Zweverbandbildung den Gemeinden, die sie ins Leben rufen, aufs einfachste aus der Hand genommen werden können.

(Schluß folgt.)

Erinnerungen an den Abg. Singer

veröffentlicht von dem „Vorwärts“. Aus ihnen geht hervor, daß Singer schon 1868 sich zur Sozialdemokratie bekannte. Er gehörte zu der Rinderheit, die im Berliner Arbeiterverein bei der Abstimmung über den Antrag, dem Nürnberger Pro-

gramm zuzustimmen, unterlag. Die Rinderheit mit Singer gründete darauf den Demokratischen Arbeiterverein und schloß sich im nächsten Jahre der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach an. — In den Auseinandersetzungen über die Sozialdemokratie aufzuerwecken interessiert. Nebel erzählt:

Ende 1887 erfuhr Paul Singer durch einen Beamten, der aus dem Berliner Polizeipräsidenten in der Abteilung für die politische Polizei beschäftigt war und uns für die politische Polizei leitete, daß eine Anzahl Parteigenossen im Dienste der politischen Polizei Parteiernter übten. Als Hauptpersonen wurden in den Berichten der Geheimere Schreiber in Zürich und der Geheime Haupt in Genf genannt, die beide an diesen Orten eine tätige politische Rolle spielten. Auf Grund der Informationen, die wir nach Zürich gaben, gelang es unseren dortigen Genossen, die beiden hiesigen Polizeibeamten zu entlarven, die mehrere hinter Schloß und Riegel saßen und für uns sehr wertvolle Geschäftskontakte abgelehnt hatten. Da nun Bismarck um dieselbe Zeit eine abermalmige Verlangung und bedeutende Verschärfung des Sozialistengesetzes vom Reichstag verlangte, hatten wir das höchste Interesse, durch einen Generalausschuß die Bismarckschen Pläne zu zertrümmern. Gleich nach Neujahr reisten Paul Singer und ich unter den gebotenen Vorichtsmaßregeln, damit unsere Reise nicht von der Polizei entdeckt wurde, von Dresden nach Zürich. Es galt, eine offizielle Bestätigung der Geschäftskontakte zu erlangen, die Schröder und Haupt gemacht hatten, wodurch ihre provokatorische und verwerfliche Tätigkeit erwiesen wurde. Es gelang uns, hinter dem Rücken des Züricher Polizeihauptmanns Einsicht in die Untersuchungssakten zu nehmen. Wie exzerpierten aus denselben, was uns wichtig schien, formulierten alsdann eine Erklärung auf Grund dieser Aktenergebnisse und legten diese dem Polizeihauptmann, der nicht wenig verwundert war, daß die Ergebnisse unserer Untersuchung mit denen in seinen eigenen Akten bis auf einen Nebenpunkt genau übereinstimmten, zur Beglaubigung vor. Anfangs sträubte er sich, aber Zureden half, er beglaubigte unsere Feststellungen. Als dann nachher Singer im Reichstag die Resultate unserer Züricher Reise zur Kenntnis brachte und wir gleichzeitig die vom Züricher Polizeihauptmann amtlich bestätigten Geschäftsbücher der von preussischem Polizeigeld unterhaltenen Provolatoren im Reichstage zur Verteilung brachten, war das Schicksal der verächtlichen Sozialistengesetzvorlage entschieden. Es blieb bei der einfachen Verlängerung des bisherigen Gesetzes.

Zu den Reichstagswahlen.

Auch in brandenburgischen Reichstagswahlkreisen, die bisher dem Liberalismus wenig Ausichten zu bieten schienen, regt sich jetzt ein lebhafterer politischer Geist, der den liberalen Bestrebungen zugute kommt. Zwei dieser Wahlkreise, Arnswalde-Friedeberg und Königsberg i. N., waren bei den Wahlen zwischen der nationalliberalen und der fortschrittlichen Partei noch hinsichtlich der Kandidaturen offen gelassen worden. Nunmehr ist endgültig entschieden, daß in Arnswalde-Friedeberg ein nationalliberaler und in Königsberg ein freikämiger Kandidat aufgestellt werden soll. In letzterem Wahlkreise wurde die Wahlbewegung bereits kurz nach Bestimmung in einer ausgerechnet vereinten Versammlung zu Königsberg eröffnet in der der Parteisekretär Ebel unter lebhafter Zustimmung sprach. Für den üblich gelegenen Teil des Wahlkreises wurde am Montag in Pätz in die Kampagne mit einer vortrefflich besuchten Versammlung eröffnet, die einen vollen Erfolg für die liberale Sache brachte. Unter dem Vorhänge des Justizrats Arnolz referierte Parteisekretär Ebel über die durch das Zustandekommen des schwarzblauen Blocks geschaffene allgemeine politische Lage, während Sekretär Edmanns-böcker über die gegenwärtig den Reichstag und

den Landtag beschäftigenden politischen Fragen und Gegenstände sprach. Beide Redner erzielten scheinbaren Erfolg. Man frist allgemein den Wahlausichten mit froheren Erwartungen entgegen wie früher. In einer Vertrauensmänner-Konferenz des gesamten Wahlkreises, die demnächst in Bävalde stattfinden wird, wird die definitive Aufstellung einer Kandidatur beschlossen werden. Auch in dem Wahlkreise Ost- und West-Sternberg, den 1903 der Antisemit Friedrich eroberte und den gegenwärtig der konservative Herr v. Rappensiefel vertritt, steht es jetzt ganz anders aus wie vordem. In dem großen Markischen Reichstag fand dieser Tage eine Versammlung der Liberalen statt, die einen für die dortigen kleinen Verhältnisse ungewöhnlich starken Zulauf aufzuweisen hatte. Parteisekretär Eibel referierte auch hier und erzielte mit seinen ebenso energischen, wie in der Form maßvollen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der Wählerschaft.

Die Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Sonnenberg-Saalfeld haben am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung zu Saalfeld Herrn Geheimen Justizrat Rademacher zu Jena als Reichstagskandidaten einstimmig aufgestellt. Geheimrat Rademacher ist im parlamentarischen Leben kein Neuling mehr, denn er hat bereits in der Legislaturperiode 1881-84 dem Reichstage angehört, und zwar als freischwinger Vertreter für Jand-Weitz-Jüterbog-Ludenwalde. In Sonnenberg-Saalfeld unterstützt nach dem für nächsten Herbst getroffenen Abkommen die Nationalisten die Kandidatur der fortschrittlichen Volkspartei.

In Wahlkreise Elstert-Niederung ist, wie schon bemerkt, am Sonntag in einer von etwa 200 Wähler der fortschrittlichen Volkspartei besuchten Versammlung in Rautheim Rittergutsbesitzer Arthur Kopp aus Al.-Schmbrach als Reichstagskandidat von der fortschrittlichen Volkspartei einstimmig aufgestellt worden.

Kaiserliche Anerkennung für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Im Reichsanzeiger vom Mittwoch abend steht geschrieben: „Seiner Majestät dem Kaiser und König ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein Bericht über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen in den Jahren 1900 bis 1910 im Anschluß an den hiesigen Verwaltungsbericht vom Jahre 1901 erstattet worden. Wir behalten uns vor, auf den Inhalt des Berichtes im einzelnen zurück zu kommen, dessen aber schon jetzt der Allerhöchste Erlaß seiner Majestät zur weiteren Kenntnis bringen zu sollen, der an den Minister ergangen ist.“ Er lautet:

Von Ihrem, mit zum Beginn eines neuen Lebensjahres vorgelegten Berichtes über die Tätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltungen während des Decenniums vom 1. April 1900 bis 31. März 1910 habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. — Er erfüllt mich mit besonderer Befriedigung, daß es gelungen ist, den Anforderungen des in außerordentlichem Maße gewachsenen Verkehrs auf den Eisenbahnen durch planmäßige Erweiterung des Schienennetzes sowie durch Vervollkommnung und bessere Verwertung der Verkehrsmittel unter Weglassung der finanziellen Bedürfnisse des Staates gerecht zu werden und gleichzeitig die Forderung für das Wohl der Angestellten und Arbeiter weiter auszugestalten.

Mit Genehmigung habe ich ferner von der energischen Finanzmaßnahme der Durchführung der wasserwirtschaftlichen Werke, von der weiteren Aufgestaltung der Seehäfen und Seeschiffahrtsstraßen sowie von der Vervollkommnung der Seeeisenbahnanlagen und nicht minder von den Leistungen der Hochbauverwaltung während des abgelaufenen Jahrzehnts Kenntnis genommen. — Jedem ich Ihnen und den Beamten Ihres Ressorts meine Anerkennung und meinen Dank für Ihre treue Pflichterfüllung erneut ausspreche, will ich die Verbilligung des Berichtes genehmigen.

Berlin, den 6. Februar 1911.

Wilhelm R.
An den Staatsminister der öffentlichen Arbeiten
v. Breitenbach.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Kaiser Franz Joseph ist Mittwoch nachmidtag nach Budapest abgereist. In Personenausschuss der ungarischen Delegation wurde am Dienstag der Reichskriegsminister Fretter v. Scharnath Mitteilung über die geplante Reform der Wehrverfassung, namentlich auch über die Einführung der zwölfjährigen Dienstzeit. Die Freude darüber wird leider stark getrübt durch die gewaltigen Kosten der in Aussicht genommenen Reformen. — Der Unterricht an der Krakauer Universitäts wird im Wintersemester nicht wieder aufgenommen werden.
Frankreich. Der französische Ministerrat hat den Rentenantrag des S. Farreze seiner Funktion beim

Großen Generalstab entzogen und ihm einen Verweis erteilt wegen eines in einem Pariser Morgenblatt erschienenen Artikels über die Marine, dessen Sprache die Dignität bedrängte. — Die zehn Eisenbahn-Gesellschaften und Journalisten, welche in den letzten großen Eisenbahnerstreik beteiligt sind, sind vor das Pariser Schlichtungsgesicht gestellt worden.

England. Die russischen Terroristen melben sich wieder in Caelm (Russisch-Polen) erschossen. Dienstag nacht unbekannt gebliebene Verbrecher einen in verfolgten Polizeibeamten. Auf der Flucht waren sie dann eine Bombe, durch deren Explosion eine Person getötet und vier verwundet wurden. Einer der Verwundeten, der im Verhaftet steht, die Bombe geworfen zu haben, liegt im Krankenhaus.

Niederlande. Die Zweite Kammer hat den Ränverzechtigungsentwurf ohne Debatte den Kommissionen überweisen, deren Sitzungen am Mittwoch begonnen.

Türkei. Neue türkische gerichtliche Bestimmungen. Die türkische Richter melben, hat die Worte den türkischen Geschäftsträger in Wien beauftragt, die Anwartschaft der türkischen Regierung auf die Grenzprovinzen zu lenken, die seit einiger Zeit häufiger geworden sind. — Zur Vermeidung des Aufstandes in Arabien ist ein Verbots der rumänischen Schiffe, „Zafsu“ ein weiteres türkisches Boot nach Sobota abzugeben. Wie dem Generalstab mitgeteilt wurde, wird der Verkehr zwischen Sobota und Anapa durch optische Telegraphen aufrechterhalten. — Von südafrikanischer Seite wird gemeldet: Die im Yemen eingeführten Verhaftungen vom 1. und 2. Korps sind drei Stunden vor Sobida auf Araber gestossen. Nach heftigem Kampf zogen sich die Araber mit einem Verlust von 150 Mann einige Stunden weit zurück; die Truppen hatten 50 Tote und Verwundete. — Aus den Begleitern Damaschus und Jerusalem werden Angriffe der Beduinen auf türkische Militäreinheiten gemeldet; es wurde sofort eine energische Verfolgung aufgenommen bei der die Beduinen namhafte Verluste erlitten.

Mexiko. Der Generalkonvent von Mexiko erklärt die Mordtätigkeit, das in der Umgebung von Europa überfallen und ermordet worden sind, für unzulässig. — Der Herzog und Herzogin von Anhalt, der Prinzessin von Anhalt, hat die im Verzecht für den Anfall von 125000 Dollars herabgesetzt. — Aus El Paso (Texas) wird berichtet, daß die Revolutionäre bei Casas Grandes das zum Entsch der Stadt Juarez bereitende 18 mg kanische Infanterie Regiment aufgegeben haben. — Wie aus Puerto Cortez gemeldet wird, haben die Aufständischen, die von den Regierungstruppen am 1. Februar geräumte Stadt besetzt. — Der Reich von Honduras Dapila hat mit dem früheren Präsidenten Donilla einen Waffenstillstand abgeschlossen. — Nach einer Meldung aus Cap Haitien hat General Miltonard und fünf andere Führer der Aufständischen am Dienstag abend in Be Trou aus dem Gefängnis geholt und erschossen worden.

Deutschland.

Berlin, 9. Febr. Der Kaiser empfing gestern vormittag den Geheimen Kommerzienrat Georg W. Rosenstein und um 12 1/2 Uhr eine Deputation des kaiserlich-russischen Grobregiments. Die Herren waren auch zur Frühstückstafel geladen. Bei dieser saß der Kaiser gegenüber der Kaiserin. Rechts vom Kaiser folgten zunächst der russische Vizekonsul Graf v. d. Osten-Sacken, Prinzessin Heneich, russischer General v. Lattschew, links russischer Oberst v. Weiser Rosenthal. Rechts von der Kaiserin saßen Prinz Heneich, Prinzessin Friedrick Karl von Hessen, Prinz Joachim, Staatssekretär v. Riedern Wachter, General v. Sauerstein, Kapitän zur See v. Hinge, links russischer General v. Kaufmann, Prinzessin Viktoria Louise, russischer General v. Michelsen, Chef des Militärkabinetts, General der Infanterie Freiherr v. Lyncker u. s. — Der Kaiser hat sich eine leichte Erkältung zugezogen und sieht sich auf Anraten der Ärzte gezwungen, für einige Tage das Zimmer zu hüten. Zu irgend einer Gelegenheit gibt jedoch das Befinden des Monarchen keinen Anlaß. Es war daher auch nicht nötig, den gestrigen Hofball abzulegen, an dem jedoch der Kaiser nicht teilnahm.

(Der Kronprinz) tritt, wie ein Kabeltelegramm des „B. A. Z.“ meldet, am 25. d. M. auf dem englischen Dampfer „Arabia“ von Bombay die Heimreise an.

(Kein Besuch des Kaisers beim Papst.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „In der Presse werden Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch des Kaisers und Königs beim Papst verbreitet. Wir möchten demgegenüber bemerken, daß, wie in früheren Jahren, ein Aufschub auf der Insel Kosu geplant ist. Die an dieser Reise geknüpften weiteren Kombinationen sind nicht zureichend.“

(Die Ratgeber des Kaisers), die ihm vorgeschlagen haben, jetzt eine Reise nach Rom zu unternehmen, sind, wie die „B. Z.“ schreibt, mit Blindheit geschlagen. Eine solche Reise würde die allerweitesten Reise betreffen, und die Erregung würde noch größer sein, nachdem jetzt die päpstlichen Organe erklärt haben, der Papst würde in diesem Jahre, dem kirchlichen „Zwanzigjahr“, keinen Fürsten empfangen. Diejenigen, die dem Kaiser jene Reise angeregt und die entsprechenden Nachrichten in die Presse gebracht haben, haben es also dahin gebracht, daß auf jeden Fall das Ansehen Deutschlands einen Schaden erleidet. Denn wenn der Kaiser jetzt wirklich nicht nach Rom gehen sollte, so würde allgemein, und sichinbar nicht mit Unrecht, geglaubt werden können, daß diese Unterlassung der Reise nicht deswegen geschieht, weil der Kaiser als protestantischer

Fürst jetzt nicht demjenigen seine Aufwartung machen will, der den Protestantismus geschmäht hat, sondern weil der Papst gegenwärtig ihm und anderen Fürsten den Empfang verweigert. Und eine solche Aufwartung, die sich Bahn brechen könnte, wäre eine schwere Demütigung für deutsches Empfinden.

(Die eifrigste Staatsdebatte.) Am Dienstag brachte im Bundesausführer Staatssekretär Röhler den Etat ein, der ungünstiger ist als der des Jahres 1909. Es müssen 4 121 000 M. durch Anleihe beschafft werden, über eine Million Mark mehr als im Vorjahre. Für die Unterstützung der Binnere wird eine Vorlage in Aussicht gestellt. Man müsse an die Steuerreform denken, mit der allerdings, bevor die Verfassungsreform in irgendeiner Form entschieden sei, das Parlament nicht befaßt werden könne. — Für das Zentrum sprach Abg. Ricklin in eingehender Weise über den Etat. Er bemerkte, daß im Reich so wenig Verständnis für die eifrig-loyalistischen Binnere, für die Schiffahrtsgeldgaben und das Railgeze vorhanden sei. Das Verstehen der mittleren Beamten, Reichsbeamte zu werden, zeige, daß die Leute sich noch immer als Fremdlinge vorfühlten. — Der liberale Abgeordnete Wolf befaßte sich ausschließlich mit der Verfassungsreformvorlage im Reichstag und forderte die völlige Autonomie. Wenn auch die Vorlage nicht das Gehnzel der liberalen Blätter bringe, so würde sie doch nicht abgelehnt werden, da die Errichtung des Reiches nicht unmöglich mache; doch müsse das Ernennungsrecht des Kaisers etwas eingeschränkt werden.

(Das Zentrum) führt wieder einmal ein altes Theaterspiel auf. In der Kommission des Reichstages zur Vorbereitung des Elsaß-Lothringischen Verfassungsentwurfes stellte es am Mittwoch den Antrag, die Reichslande sollten einen selbstständigen Bundesstaat bilden und in dem Bundesrat durch drei Stimmen vertreten sein. Die Vinte stimmte natürlich dieser Ansetzung zu, weil sie ihren eigenen Auffassungen entspricht. Daß der Antrag aber für die Regierung unannehmbar ist, das war schon vom Bundesratstische bei der ersten Sitzung deutlich erklärt worden, und auch in der ersten Sitzung wehrte sich die Regierung mit aller Kraft gegen diese Zentrumsvorlesung. Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns dazu: Wie lange will man denn eigentlich das deutsche Volk damit beschäftigen, daß man die vom Zentrum in der ersten Sitzung der Kommissionen gestellten radikalen Anträge für ernst nimmt? Es ist ein offenes Geheimnis, daß alle solche Anträge niemals ernst gemeint sind. Jeder Mensch weiß, daß das Zentrum, wenn Anträge dieser Art angenommen werden, selbst es ist, das in der zweiten Sitzung „schweren Herzens“ den Antrag wieder zurückweist und zurückzieht. Man kann sich Art des parlamentarischen Vorgehens eigentlich nur ein Possenspiel nennen, das aufgeführt wird, um den linksstehenden Zentrumswählern Sand in die Augen zu streuen. Daß sich auf diesem Possenspiel Staatssekretäre und Regierungsvertreter mit ernsthaften Einwendungen erheben, ist zwar bei unsren gegenwärtigen Zuständen nicht verwunderlich, aber doch bedauerlich.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. Februar.) Im Vorabend wurde am Mittwoch in der fortgesetzten Beratung des Verfassungsreformgesetzes zunächst der Antrag Daplam, bei dessen Zustimmung sich am Dienstag die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben hätte, angenommen, danach muß die Geschäftsverteilung künftig innerhalb des Reichstages der Landesgerichte in mündlicher Verhandlung erfolgen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte weiter, daß die Angelegenheiten der Staatskassen bei Vorhandensein mehrerer Angelegenheiten nach dem Anfangsbuchstaben der ältesten Angelegenheiten bestimmt werden soll. Abg. Heine (Soz.) begründete diesen Antrag unter Hinweis auf verschiedene Fälle, insbesondere den Moabit Fall, bei seiner Abfertigung nach aus ganz bestimmten Gründen vor die dritte Strafkammer verwiesen wurde, offenbar, weil man von ihr ein besonders hohes Strafmaß erwartete. Vom Regierungstische wurde diese Behauptung mit großer Entschiedenheit bestritten, und schließlich der Antrag abgelehnt. In Anknüpfung an den Antrag Müller-Meinings, wonach das Amt eines Strafkommissionärs nur von einem hiebig angestellten Richter wahrgenommen werden darf, der Antrag wurde von den Abg. Dr. Müller-Meinings und Dove nachdrücklich vertreten und auch vom Zentrum unterstützt, während die Staatssekretäre sich dagegen aussprachen. In späteren Debatten kam es bei § 73, der die Zuständigkeit der Strafkammern betrifft. Die Vorlage überweist ihnen die bisher zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Verbrechen der Urkundenfälschung, Depotunterdrückung und betrügerischen Bankrotts. Ein fortschrittlicher Antrag und ein gleichlautender sozialdemokratischer verlangten dagegen, die bis hiebig Zuständigkeit der Schwurgerichte nicht zu beschränken. Diese Anträge wurden vom Abg. W. Laß (Soz.) und Abg. J. B. S. (Soz.) begründet. Der erstere trat mit besonderer Wärme für die Schwurgerichte ein und warnte dringend davor, ihre Kompetenz einzuschränken, weil man sich damit auf eine tiefe Ebene begeben und es dann nicht mehr verhindern könnte, daß die Feinde der Schwurgerichte immer mehr Schritte in diese Richtung und so allmählich die ganze Institution der Schwurgerichte, diese merkwürdigen Erzeugnisse, beseitigen würden. Nachdem noch der Abg. W. Müller-Freilohn (Fortg. v. v. t.) die Anträge unterstützt hatte, während die Abg. W. Laßmann (Soz.) und Graf W. v. B. (Soz.) dagegen sprachen, wurden sie abgelehnt. Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

◆◆◆◆◆
Auf reichliche Auswahl
 in
Trauerhüten,
Armfloren,
Krawatten,
Trauerschleiern,
Rüschen
 hält stets
M. Göbel, Burgstrasse 10.
 ◆◆◆◆◆

Frischgelesenes
Pflaumenmus,
 schöne frische
Apfelsinen und Apfelf
 billig zu verkaufen
Fr. Peege, Weiße Mauer 10.

Frische Bücklinge,
 sowie
Apfelsinen
 und **Blutorangen**
 in feiner Qualität Ware empfiehlt
Paul Kullicke,
 Lindenstr. 19 Tel. 336.

Grüne Heringe
 Pfund 10 Pfennig
 frisch eingetroffen
Frau Bönicke, Johannisstrasse 8.
 Marktstand Stadtkirche

Grüne Heringe
 a Pfd. 10 Pfg.,
Bücklinge
 a Kiste 90 Pfg.,
 sind wieder frisch eingetroffen bei
Emil Wolff.

Fisch ein er offen empfind
Seefische
 zu billigen Tagespreisen,
Grüne Heringe,
 Pfund 10 Pfg.,
Bücklinge,
 Kiste 65 Pfg.,
Nordsee-Fischhalle.
 Telefon 883 Merseburg. Entenplan 9.

Welt-Panorama
 Herzog Christian.
Karz. 2. Teil.
 Stolberg, Lauterberg, Andreasberg.
 Goslar. Eine herrliche Reise.
 Radfahrer-Club

„Alemannia“
 hält Sonntag den 12. Februar, von nach-
 mittags 3 und abends 8 Uhr an, sein
Tänzchen im Augarten
 ab. Nachmittags
Preisfischen und Tambolo.
 Abends von 8 Uhr an
Käpselabend.
 Gütige herzlich willkommen. Eintritt
 frei. Der Vorstand

Reichskrone.
 Donnerstag den 9., Freitag den 10. und
 Sonnabend den 11. Februar
 in den unteren festlich decorierten Räumen
 großes
Bockbierfest
 der Damenkapelle „Deutsches Salon-Quintett“.
 Um gütigen Zuspruch bittet
Albert Werner.

Bettfedern u Daunen
 in vorzüglich ausfallenden doppelt gereinigten Qualitäten
 in den Preislagen von Mk. 0,50—4 75 pro Pfund.
Reine Daunen
 in halbgran, gran u. weiß pro Pfund Mk. 3,00—7,50.
 Fertige federdicke Bett-Jalets — Bettbezüge
 Parade-Betten — Bett-Latern
 Strohmatten — Matratzen — Eisene Bettstellen.
Otto Dobkowitz, Merseburg,
 II Entenplan II

BRÜSSEL 1910 GRAND PRIX.

 Vollblumig kräftig Wundervoll erfrischend.
Eau de Cologne Illusion
 1/2 Fl. 1,75 1/2 Fl. —,95

Jena Knaben-Erziehungs-Anstalt
 (Pfeiffersches Institut)
 Pensionat für Zöglinge der städt. Oberrealschule Gewissenh. Kontrolle der häuslichen Arbeiten. Intensive Nachhilfe. Erfolge des Institutes: Mich. 09 bis Mich. 10: 41 Einjährige. — Prospekte. **A. Saurteig.**

Total-Ausverkauf.
 Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen wir sämtliche
Seilerwaren, Pferdenetze, Bürstenwaren,
Holzschuh und Holzpantoffeln
 zu billigsten Preisen.
 Dasselbe ist auch die Laden-Einrichtung billig zu verkaufen.
F. Seydewitz Ww.

Erkältungskrankheiten
 sind jetzt an der Tagesordnung. Als bestes Vorbeugungs- u. Heilmittel sind Russ. ir. röm. Bäder u. nachgemachte Massage zu empfehlen.
Johannisbad, Merseburg, Johannisstrasse 10.

Gesellschafts-Berein
„Wilde Bande“.
 Sonntag den 12. Februar, von nachmittags 8 Uhr an,
 großes
Kappen - Fest
 im Kaffeehaus Neudau.
 Dasselbst Tänzchen.
 Der Vorstand

Getriebe-Führer-Berein
 hält Sonntag den 12. Februar, von nachmittags 8 und abends 8 Uhr an, seinen
Käpselabend
 im Hänger Hof
 überläßt ab. Da zu ladet ergrüben ein
 Der Vorstand

Harings Restaurant.
 Sonnabend **Schlachtfest.**

Mudolas Restauration.
 Sonntag
Schlachtfest.

Fr. Peege Weiße Mauer 10.
Schlachtfest.

Nähmaschinen
 werden schnell und gut repariert bei
L. Albrecht, Schmalzstraße 14

Plattstimmen
 führt aus **R. Meckert, Oh. Burgstr. 11.**

Fahrrad-
 Reparaturen führt aus und neue Teile dazu empfiehlt
Oskar Baar, Entenplan 9.

Zur gef. Ben. erlaube ich mich an der
Ja C. Mithes Tischlerei, Gottschalkstraße 88 aussetzen, bei
Heinr. Mögel, Tischler,
 Bestellungen erbitte in meine Wohnung
 Lindenstraße 6

Werkführer,
 der mit dem Titel vollständig vertreten ist, wird für

große Bettstagenfabrik
 gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter „Werkführer“ an die Exped. d. Bl.

Nachlernende
 werden noch angenommen
Hotel Reichskrone, Naumburg (Saale).
 Gutes Haus am Plage.

Gesucht
 per 1. März nach Leipzig einfaßes

Stubenmädchen,
 das nähen und plätten kann, in dauernde Stelle bei hohem Lohn. Offerten mit Zeugnisabschriften nach Leipzig, Carl Landwehrstraße 9.

Gesucht zum 1. April
Stubenmädchen,
 das perfekt plätten und servieren kann und in jeder häuslichen Arbeit erfahren ist. Nur solche mit guten Zeugnissen wollen sich melden bei
 Reg. Rat **Mudolau,** Domplatz 2 I
 suche zum 1. April ein zuverlässiges, sauberes

W ä d c h e n ,
 welches auch etwas Kochen kann.
 Frau Dr. **Mumwelsch,** Bahnhofstr. 6.

Wollene Pferddecke verloren
 in der Weiskeller Straße. Dieselbe ist neu mit Vellfütter versehen. Bei Winkauf wird gewahrt. Gegen Belohnung abzugeben bei **Sartorius Peterjohn, Oh. Breite Str.**
 Hierzu eine Beilage.

über den Erlaß der Steuer aus Billigkeitsgründen aufgenommen worden. Dieser kann von den obersten Landesoberbehörden auf gemeinschaftliche Rücksicht freiwillig werden. In dem Bereich der Direktionsbezirke über die Bewilligung soll angegeben werden, ob der Richtbevollmächtigte für 1910, und Steuern, der der Direktionsbezirke beigeordnet ist, sich mit dem Erlaß auf gemeinschaftliche Rechnung einverstanden erklärt hat. Über diese Bewilligungen wird jedes Jahr ein Verzeichnis von der obersten Landesfinanzbehörde aufgestellt und bei dem Reichsgericht vorgelegt, das es dem Bundesrat mitteilt. In diesem Verzeichnis wird für jeden Fall eine kurze Darstellung des Sachverhalts gegeben. Der Richtbevollmächtigte soll jedesmal sein Einverständnis bemerkbar machen, aus welchen Gründen dies nicht geschehen ist. Evident ist die Kontingenterziehungsordnung dahin ergäntzt worden, daß auf das Kontingent Zündwaren nicht angewandt werden, die in einem Zündwarenfeuerlager, in einer öffentlichen Niederlage oder bei der Verfertigung mit Begleitgetreue zur Ausfuhr oder zur Einfuhr in ein Zündwarenfeuerlager zurufe gegangen sind.

Provinz und Umgegend

† Halle, 9. Febr. Der Beamten-Bohnenbauverein in Halle erhielt zum Bau von 148 kleineren und mittleren Wohnungen vom Eisenbahnamt ein Darlehen von 250 000 Mark und von der Halle'schen Sparkasse ein solches von ebenfalls 250 000 Mark.

† Halle, 9. Febr. Der Verein der Liberalen hat in den letzten Monaten umfangreiche Verhandlungen geführt, um für die kommende Reichstagswahl einen geeigneten Kandidaten präsentieren zu können. Es wurde dabei als erstes Ergebnis betont, daß man möglichst einen Halle'schen Bürger bringen müsse. Die Verhandlungen haben schließlich dahin geführt, Herrn Stadtvordritten Kandidat Pfautsch das Mandat anzutragen. Einstweilen schwebt noch über diese Kandidatur Verhandlungen mit den Nationalliberalen; denn man hat natürlich auf freihändlerischer Seite das dringende Bedürfnis, mit dem Nationalliberalen Schulter an Schulter in den Wahlkampf einzutreten.

† Ellenburg, 8. Febr. Die Einweihung des Königlich-seminars ist auf Donnerstag, den 30. März, festgesetzt. — Die Freiwillige Feuerwehr hier hat sich im vergangenen Jahre trotz der Abgänge, die von sozialdemokratischer (!) Seite veranlaßt wurden, um 16 Mitglieder vermehrt. Die Gesamtstärke beträgt jetzt 143 Mann. Am 11. Mitglieder werden Dienst für 25- und 20-jährige Dienstzeit versehen. — Zu der Mitteilung von dem hier ausgeübten Arbeiterbewegung ein wird mitgeteilt, daß es nicht richtig ist, daß in dem von Arbeitersekretariat geleiteten Arbeiternachweis von jedem Arbeiter nachunterschiedlos der Eintritt oder Austritt in den Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein verlangt worden ist. Die Deutsche Allalob-fabrik, wie auch einige andere Firmen, haben den Einzug gekündigt, da ihnen verschiedentlich für das Frühjahr Streikmaßnahmen angedroht waren, ihnen nicht nur solche Arbeiter zu vermitteln, welche dem nationalen Arbeiterverein angehören. Dieser Wunsch der Firmen ist allen nach dort erteilten Arbeitern mitgeteilt worden. Ein Druck auf die Arbeiter ist von keiner Seite ausgeht worden. Die 300 Arbeiter und Arbeiterinnen der „Deutschen Allalob-fabrik“ wurden übrigens auch nicht angepöbel, vielmehr haben diese unter Einhaltung der Rindigungsfrist die Arbeitsstelle freiwillig verlassen.

† Oberhof, 8. Febr. Heute früh wurden von Passanten drei Angestellte eines hiesigen Hotels in schwer verletztem Zustand aufgefunden. Dieselben hatten gestern abend nach Einbruch der Dunkelheit auf einem Fußweg mit einem Leinwandkoffer geodert und waren dabei gegen einen Baum gestürzt. Neben schweren Verletzungen der Arme und Beine hatten zwei auch Schädelverletzungen. Die Verunglückten kamen in das Krankenhaus von Anstalt, wo besonders der Lenker des Schlittens schwer gefährdet darniederliegt.

† Chemnitz, 8. Febr. Hier ist die Staatsanwaltschaft einem kurzgibaren Verdächtigten auf die Spur gekommen, dessen Vorgeschichte noch der Klärung bedarf. Das Opfer ist ein dreizehnjähriger Mädchen. Vor drei Wochen starb in Chemnitz eine 13-jährige Schülerin der höheren Mädchenschule. Als Todesursache wurde damals ein Sturz von der Schulbank angenommen. Jetzt ordnete die Staatsanwaltschaft plötzlich die Ausgrabung der Leiche an und man fand bei der Obduktion, daß das Kind mit Vitterleesalz vergiftet worden war. Die weiteren Ermittlungen führten zur Verhaftung der Kaufmannsweibchen B., der Mutter des Mädchens. Das Kind war mit 20 000 M. in einer Lebensversicherung versichert worden, und die Witwe glaubt, daß die eigene Mutter aus Geldgier ihre Tochter vergiftete. Die Frau hat bisher noch kein Geständnis abgelegt, doch sollen die Schuldbeweise erdrückend sein. Die Angabe bei der Staatsanwaltschaft, die schließlich zu den gefährlichsten Maßnahmen führte, soll von Hausbewohnern erstattet worden sein, denen die Gasse, mit der Frau B. das Geld zu erlangen suchte, und verschiedene Äußerungen verdächtig vorkamen. Ein Arzt

war bei der Erkennung des Kindes infolge des tatsächlich erfolgten Unfalles in der Schule nicht zugegen worden. Der die Leiche ausführende Arzt nahm keine eingehende Untersuchung vor, da er den Naabden der Kindesmutter vollen Glauben schenkte. Die Untersuchung wird noch fortgesetzt.

Die Provinz Sachsen im Baubericht der Eisenbahnverwaltung für 1910.

Im Baubericht der Eisenbahnverwaltung für 1910, der dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, wird über Eisenbahnbauten im Bezirk der Eisenbahndirektion Halle a. S. ausgeführt: Die Arbeiten für die Erweiterung der Hauptwerkstätte Halle, für die bisher 1 200 000 M. bewilligt worden sind, sind soweit gefördert worden, daß die neuen Anlagen voraussichtlich am 1. Oktober 1911 in Betrieb genommen werden können. Im Etat für 1910 waren 20 000 M. bewilligt worden zur Herstellung einer elektrischen Beleuchtungs- und Kraftübertragungsanlage auf dem Bahnhof Halle. Diese elektrische Kraftanlage war für die Hauptwerkstätte in Halle geplant. Inzwischen hat sich ergeben, daß es zweckmäßiger ist, bis zur Fertigstellung des für die elektrische Zugförderung auf der Strecke Magdeburg-Deßau-Weißig Halle bei Bitterfeld zu errichtenden Kraftwerks den Strombedarf für Bahnhof und Hauptwerkstätte Halle auszukommen aus dem hiesigen Werke zu decken. Die Einrichtungen sind zu 220 000 M. veranschlagt und sollen unter Fortfall des besonderen Kraftwerks so getroffen werden, daß sie später ohne wesentliche Kosten an das städtische Werk bei Bitterfeld angeschlossen werden können. Die Erweiterung der Nebenwerkstätte Hoyerwinda zu einer Hauptwerkstätte wird im Sommer 1911 beendet sein. Die Arbeiten zur Herstellung von Übertragungsstellen beim Halter, Hoyerwinda und der Ausbau dieses Halterpunktes zu einem Bahnhof wird in der Hauptsache im Frühjahr beendet sein. Die Erweiterung des Bahnhofs Magdeburg, der Umbau der Bahnhofsanlagen auf Bahnhof Leuna sowie Errichtung eines neuen Überbahnhofs bei Roschwitz (Nahhalt) sind in der Ausführung begriffen. Die von Preußen hergestellten Arbeiten der Umgestaltung der zeitigen Bahnhofsanlagen sind im wesentlichen beendet. Die Bahnhofsgebäude von Magdeburg nach Schönefeld und GutsMuths sowie die Erweiterung des Bahnhofs Magdeburg-Weidenau sind fertiggestellt. Auch die Bauten auf dem Jannabahn sind im wesentlichen beendet. Im Bau begriffen sind in der Hauptsache noch das von der sächsischen Verwaltung auf gemeinsame Kosten herzustellende Hauptempfangsgebäude, die Bahnsteige und Hallen.

Merleburg und Umgebung.

9. Februar.

* Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am kommenden Montag statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und in vieler Hinsicht interessante. Zunächst wird der Haushaltplan der Rammereikasse festgestellt, einige Rechnungen entlastet und Beschluß gefaßt über den Magistratsantrag, betr. Einrichtung von Unterrietzläumen für die Hilfsklasse im Einquartierungsbaue und Bewilligung der Kosten in Höhe von 2750 M. Sodann soll die Schlachthoffrage, bekanntlich eine langjährige Forderung der Aufsichtsbekörde, beraten werden. Das eine endgültige Entscheidung in dieser überaus wichtigen Frage noch nicht erfolgt, ist wohl anzunehmen; eine gemischte Kommission wird zunächst die Vorbereitungen treffen und dann der Versammlung mit einem bestimmten Bericht näher treten. Weiter sollen die Satzungen der Rentkassen-Sitzung festgestellt und genehmigt werden. Zwei wichtige Angelegenheiten werden ferner in gemeinsamer Sitzung behandelt. Zunächst der Ankauf dreier Scheunen (eine am Irzgarten und zwei in der sogenannten Hölle). Der Ankauf der Scheune am Irzgarten hat sich als notwendig erwiesen, da der Platz dort für die neu zu erbauende dritte Volksschule ausreichen will, sollen der Verbreiterung der Straße dienen. Schließlich steht der Ankauf von Grundstücken zur Ausführung des Durchbruchs von der Brauhausstraße nach der Unteraltenburg zur Beratung. So wichtig der Sache ist, so dürfte wohl eingehend zu prüfen sein, ob die hierbei aufzuwendenden Kosten auch im Verhältnis zu den eventuellen Vorteilen stehen. Es wird sich wohl auch in diesem Punkte als notwendig erweisen, eine gemischte Kommission mit der Prüfung dieser Fragen zu beauftragen.

** Der hiesige Mieterverein hielt am Mittwochabend seine ordentliche Hauptversammlung ab, welche leider nur schwach besucht war. Nachdem der Vorsitzende die Ergebenheiten begrüßt und sein Bedauern über das mangelhafte Interesse seitens der Mitglieder ausgesprochen hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Geschäftsbereich mit einem Mitgliederstand von 109 Personen an. Die Verhandlung war von drei Rechnungsprüfern redigiert und für richtig befunden worden; sie schloß mit einem Bestande von 78 56 M. ab. Bei der nunmehr vorgenommenen Vorkanndwahl wurden der Herren Geyl, Haupt, Büsch, Fröbe als Vorsitzender und General-Kommission, Geyl, Geyl, Geyl und Feuerlos Sekretär, Köpcke als Vorkanndmitglieder einstimmig durch Zuruf zu ordentlichem Schluß. Die Beschlüsse der Versammlung sind, daß mit Bezug auf den Mietsvertrag eine vollständige Einigung mit dem Hausbesitzerverein nicht erzielt worden sei. Er empfahl den Mitgliedern, im Bedarfsfalle nur die Mietsverträge des Mietervereins — welche bei ihm vordringlich gehalten und unentgeltlich abgegeben wurden — zu benutzen. Zudeben würden auch von den hiesigen Grundbesitzern der Herren Köpcke und Geyl Mietsverträge ausgestellt zu haben, welche den größten Vorteil bringen in allgemeinen entsprechen. Hierauf verlas Herr Fröbe aus der Zeit

schrift für Wohnungswesen noch verschiedene recht interessierende Artikel über die Wohnungsfrage und die Verwaltungsverfahren, über deren, daß sich bei verschiedenen kleinen Staaten und größeren Kommunalverwaltungen die Erkenntnis Bahn gebrochen habe, auf diesem Gebiete großen sozialen Rücksichten abzugeben zu müssen und schließlich dann die Verammlung mit dem Wunsch, daß die Beteiligung an den künftigen Vereinskongressen etwas reger sein möge.

§ Deuna, 8. Febr. Der Weg von unserem Orte nach der Weissenfeller Gasse ist in der Nähe des Bahndamms mit Wästen besetzt. Diese sind sämtlich meistbietend verkauft und werden zurzeit gefüllt, um Platz für die Neupflasterung der Straße nach Merseburg zu gewinnen. Beim Fällen einer ca. 30-jährigen kandelnden Kiefer hat sich ein interessanter Einblick in die Lebenskraft der Pflanzengewebe. Beim Pflegen der Kiefer hatte man dem jungen Stamme Schutz gegen An und Umfänger gewähren wollen, indem man den stöckigen Weiden zwei Jahre lang dicht an den Baum legte. Im Laufe der drei Jahre jedoch nun hatte der Baum die ca. 10 Zentimeter starke Sandstieplaste völlig in seinen Wurzelstamm aufgenommen. Unmöglich war es, den Stein aus dem Holze zu schlagen — wohl aber getrimmerte bei dem Versuche der harte Stein.

§ Kriegsdorf, 9. Febr. Vor kurzem stattete die Schule aus Köhlig unserm Weidell-Deinmal einen Besuch ab. — Nicht wünschenswert wäre es im Interesse der vielen Besucher sowohl als auch der Pflanzkunde, wenn am Orte eine gedruckte kleine billige kurze Abhandlung über Weidell's Leben und Tod käuflich zu haben wäre. Ein etwaiger Überschuß aus dem Erlöse ließe sich sehr gut für die Unterhaltung und Befahrung des Deimmalplatzes verwenden! — In unermindelter Zahl besichtigen jetzt Feldmäuse die Wälder und Ackerfelder. Man sieht, der Winter hat ihnen keinen Schaden getan.

§ Gohaus, 8. Febr. Die Ehegattin des Gasthofbesizers Fersch hier hatte am Montag das Unklug, beim Heruntersteigen von der nach dem Hausflur führenden Treppe auf einen unbemerkten hingestelltem Astschiffen zu treten und durch Umsinken denselben zu Falle zu kommen. Der Sturz wurde dadurch verhängnisvoll, daß sie einen linksseitigen äußeren Rückenbruch erlitt und ärztliche Behandlung notwendig wurde.

§ Bölling, 8. Febr. Während einer Ballgesellschaft am Sonnabend wurde ein Teilnehmer, Herr Steiger Fingze, als er den Hofraum betrat, plötzlich von mehreren jungen Männern überfallen und mißhandelt. Der Überfall ereignete sich ziemlich erhebliche Verletzungen auf der Stirn und auf dem Hinterkopfe, jedoch er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte; außerdem wurde ihm der Halszug ziemlich stark beschädigt. Der Vorfall dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

† Ammendorf, 7. Febr. Endlich scheint die Gemeinde Erlauf zu haben mit ihren vielen Eingaben zwecks Haltens des Zuges 8.10 ab Halle in unserer Station. Denn die Handelskammer Halle hat ihren Vertreter im Eisenbahnrat angewiesen, für das Anhalten einzutreten und auch die Eisenbahndirektion hat eine Erwägung zugesagt. Trotzdem will die Gemeinde eine Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten einreichen. Die ungeschönten 8 Zuschlagstellen, in denen bis jetzt die Bekanntmachungen ausgeschrieben wurden, sollen bis auf einen am Gemeindebureau besetzt werden, da sämtliche Bekanntmachungen durch die hiesige Zeitung erfolgen sollen. Die hiesige Schule besuchen 640 Kinder und werden von 12 Lehrern unterrichtet. In den ausgehenden Räumen soll ein elektrisches Klavierwerk angebracht werden. Umhager Herrmann hier erhielt den Zuschlag mit seiner niedrigsten Offerte von 150 60 M. Die Gemeinde lehnte den Ankauf des ganzen Wästelgrundstückes ab. — Die etwa gekümmte Bautätigkeit wird bald neu erwachen. Die Gesellschaft für Wandwirtschaftliche Maschinen (Firma Zimmermann in Halle) hat neben Mauerbergers Fabrik ein größeres Gelände angekauft, um hier eine große Fabrik für ihre Maschinen zu errichten. Auch neben Wollnuss Fabrik soll eine andere Halle'sche Firma die Errichtung einer größeren Fabrik beschließen.

§ Ammendorf, 9. Febr. Ein neues Sekretariatprojekt. Wie verlautet sind Verhandlungen und Vorarbeiten über eine Vergrößerung der Außenbahnlinie Leipzig — Schönefeld bis Ammendorf bei Halle im Gange. Es werden nach vorläufiger Feststellung von der verlängerten Linie folgende Orte berührt: Großgörsch, Gohaus, Bölling, Osendorf und Radewell. Von der Endstation Ammendorf aus soll die Linie Umfassung an die Straßenbahn Halle — Merseburg erhalten. Die in Betracht kommenden Gemeindeverwaltungen sind bereits erlucht worden, zu erklären, in welcher Höhe sie Beiträge zu den Kosten der Linie leisten wollen. Die Strecke dieser sogenannten Sekundärlinie ist bereits von höheren Regierungsbeamten besichtigt worden. Die Stromlieferung würde vom Kraftwerk der Leipziger Überlandzentrale aufnahm bewirkt werden.

§ Großgörsch, 7. Febr. Bei dem Gemeindevorsteher Wöber hier, welcher in seinem Geschäft einen Umbau vornimmt, mußte eine Vermannung abgetragen werden. Da diese gefahren unmittelbar vorzeitig eintrat, konnte der Arbeiter Häßlmann, welcher in Lohn den Nachmittagsposten versah, nur bei dem Sturz durch die Wand, sich nicht mehr rechtzeitig retten, sodas die Vermannung ihn

unter sich begraben. Nach längerer anstrengender Tätigkeit konnte schließlich nur als Leiche hervorgezogen werden.

8. Scheubli, 9. Febr. In Rindens Restaurant in Bapf fand letzten Montag mittags 1/2 2 Uhr eine Versammlung gelehrter Personen statt, die sich mit der Reorganisationsbildung in Bapf beschäftigte. Den Vorsitz führte der Vorstand des Kreises, Graf d'Hausoville. U. a. waren Mitglieder von Bapf und Mochelwitz erschienen, als Mitglied des Kreisvereins war Amtsvorsteher Weiter-Gemüß geladen. Besprochen wurde, bezugs Aufstellung des Richter-Justizplanes in einem Rentengute eine Realabteilungsberechnung anzustellen und hierauf mit etwaigen Interessenten in Verbindung zu treten.

8. Scheubli, 8. Febr. Die Differenzen zwischen den Rauchwarenfabrikanten und den Zursichtern, die in Rötze ihren Ausgang genommen haben, sind noch immer in der Schwebe; eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Von Rötze ist inzwischen die Ausspernung auch auf Lindenau, Marktmarkt und Scheubli ausgedehnt worden. Ausgesperrt sind gegenwärtig insgesamt über 1800 Personen.

Mücheln und Umgegend.

9. Februar. Wie sehr manche Handwerker das Realisieren noch lernen müssen, erweist eine „Submissionsliste“, die neuerdings auf dem vielumfritten Gebiete der öffentlichen Ausschreibungen das Licht des Tages erhellte hat. Auf die Ausschreibung des Orlanbenanstrichs der neuen Bahnhofsgebäude in Dannstadt betrug die Mindestforderung 4014 M., die Höchstforderung 44 600 M., also das elffache der Mindestforderung. Die mittlere Summe der zwanzig eingegangenen Offerten betrug 11 023 M. Wie hier der Mindestfordernde kalkulierbar haben mag, muß jedoch rätselhaft sein.

Der Zweigverein des Evangelischen Bundes für Mücheln und Umgegend hält am Sonntag nachmittags (Beginn 3 1/2 Uhr) im Schützenhaus die 22. Jahresfeier, verbunden mit Generalversammlung, ab. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist jedem evangelischen Christen gestattet, der im Sinn und Geist des Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Güter mit Wort und Tat bereit ist. Herr Vorsteher Rehm aus Hohenleben hat den Festvortrag übernommen und wird über das Thema reden: „Gib es einen Gott?“. In einer Zeit, die an den Grundlagen des Christentums zittelt, will auch der Evangelische Bund an seinem Ziel zur Festigung und Vertiefung unserer evangelischen Weltanschauung beitragen und seine Mitglieder mit dem nötigen Rüstzeug zur Abwehr einer herzenberaubenden und volksverachtenden Dialektik versehen. Der Männergesangverein „Concordia“ hat in dankenswerter Weise wiederum seine feindselige Mitwirkung zugelegt. Eine Stadtverordnetenversammlung findet morgen, Freitag, abend statt. Die Tagesordnung wird im Infanterieamt veröffentlicht.

Die Steuern sind fällig und müssen für die Monate Januar, Februar und März bis zum 15. Februar d. J. in der Stadtkasse bezahlt sein. Wir weisen alle Steuerpflichtigen hierauf besonders hin.

§ Baumersroda, 6. Febr. Seinen schweren Verletzungen ist der Landwirt Waldemar Wäcker, die er durch den unglücklichen Sturz vom Wagen erlitt, dieser Tage erlegen. Es ist um so bedauerlicher, da der junge Mann erst seit vier Monaten verheiratet war.

Wetterwarte.

2. W. am 10. Febr.: ziemlich trüb, milder, Niederschläge. — 11. Febr.: Gelinde, wechselfelnd bewölkt, zeitweise etwas Niederschläge. Später kälter werdend.

Gerichtsvorhandlungen.

— Halle, 7. Febr. Vom hiesigen Schwurgerichte wurden heute der Bahnbrechenhändler Karl Ortman

aus Halle und der Schlossmagazincontroller Feil Meißel aus Berlin abgeurteilt. Ortman hatte auf Stationsplätzen die Fahrkarten, die ihm von Reisenden an der Spitze abgegeben waren, nicht abgeliefert, sondern Meißel nach Berlin geschickt, die die Karten an die Eisenbahndirektion sandte. Er tat dies unter falschem Namen und gab an, er wolle das Geld zurückverkauft haben, da er an der Reise verhindert gewesen wäre. Die Durchsicht der Karten führte er darauf zurück, daß erst auf dem Bahnhofsgebäude der Hinderungsgrund zu der Reise eingetreten sei. Der Richter sprach Ortman wegen Verstoßes gegen die Handlung des Schwurgerichtes wegen Verstoßes zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust und Meißel zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

1. Halle, 7. Febr. (Strafammer.) Der Amts- und Gemeindevorsteher Wilhelm Bestling in Mochelwitz wurde wegen Verstoßes gegen die Handlung des Schwurgerichtes wegen Verstoßes zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust und Meißel zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. — Unter der Mithilfe des Doppelraubmords. Der Schwurgericht in Neu-Ruppin begann Dienstag vormittag die Verhandlungen gegen den Doppelraubmörder Hermann Franz aus Teterow in Mochelwitz, der am Abend des 28. September v. J. den Bauerngutbesitzer Wilhelm Klein und dessen Frau in den Wäldern bei Schöngarten bei Mochelwitz ermordete und beraubte und neben die beiden Töchter seiner Opfer überfiel. Der Angeklagte hatte sich bei dem Bauerngutbesitzer Klein als Knecht bedungen ausschließlich zu dem Zwecke, den Doppelraubmord in allen Einzelheiten und in voller Höhe vorzubereiten. Unter irgend einem Vorwand lockte er am Abend des 28. Septembers den Klein in die dunkle Schänke des Gasthofs und schloß ihn hier mit einem schweren Hammer nieder. Dann schloß er sich in das Schlafzimmer der Eheleute, überfiel hier die bereits im Bett liegende Frau und zerrisserte ihr mit dem gleichen Hammer die Schädeldede. In einem Nebenraum schliefen während dieser ganzen Zeit die beiden 16 und 23jährigen Töchter der Eheleute. Der Angeklagte lag in aller Ruhe über der Straße, dann dann beide Mädchen an den Händen und Wägen in ihren Betten fest und drohte, falls sie auch nur einen Laut von sich geben würden, sie gleichfalls zu erschlagen. Daß er sie nicht tötete, hatte seinen Grund nur darin, daß die älteste Tochter unter unglücklichen Umständen ihren Namen preisgeben sollte. Der Mörder glaubte daher, daß der Gastwirth seinen Namen preisgeben würde, und als er die beiden Mädchen unter Todesdrohung aus der Hand der Eheleute nahm, befahl es die Gattin, die Tochter zu erschlagen, wo er in der Schänke seines Angeklagten nach dem vermittelnden Schloß zu graben begann. So bald er davon erfuhr, zerbrach die älteste Tochter unter unglücklichen Umständen ihren Namen preisgeben sollte. Der Mörder glaubte daher, daß der Gastwirth seinen Namen preisgeben würde, und als er die beiden Mädchen unter Todesdrohung aus der Hand der Eheleute nahm, befahl es die Gattin, die Tochter zu erschlagen, wo er in der Schänke seines Angeklagten nach dem vermittelnden Schloß zu graben begann. So bald er davon erfuhr, zerbrach die älteste Tochter unter unglücklichen Umständen ihren Namen preisgeben sollte.

der sich in der Räuber Herberge „Zur Heime“ unter dem Namen Kauberg aufhielt. Er gefand die beiden Wägen in ihrem vollen Umfange ein. — Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den 23jährigen Diebstahl-Franz aus Teterow wegen Mordes in zwei Fällen zu einmal 10 Jahren Zuchthaus und wegen räuberischer Erpressung und Raubmord zu 15 Jahren Zuchthaus.

Vermischtes.

(Strenge Räte und Hungernot in Kleinasien) Aus Konstantinopel meldet ein Telegramm: Die in Anatolien befehlen, daß die Räte unentgeltlich ist. In Konstantinopel selbst — 23 Grad. Zigaris und Suprast sind zugewandert. Es herrscht großes Viehsterben, Hungernot und Mangel. Mehrere Provinzen sind von aller Verbindung abgeschnitten. Sechs Bataillone, die in Simgian bereitstehen, können wegen der Räte nicht nach Konstantinopel abfahren. Auch auf den wichtigsten Linien der Transkaspischen Eisenbahn ist der Verkehr wegen ungenügender Schienenlänge eingestrichelt worden. Mehrere Flüge werden im Sommer wieder eine Höhe von zwei Metern erreicht. In verschiedenen Districten des Gouvernements Katakis sind die Dörfer eingekerkert. Da die Winterweiden vom Schnee bedeckt sind, so verhungert das Vieh. Die Lage der Dorfbewohner ist wegen der ungenügenden Härte des Winters verzweifelt.

(Unglück bei der Feuerbrunnensfeier) Aus Wien am 9. Febr. (Telegraph) wird gemeldet: Ein von mehreren Schützenfeuer mütterl. Feil Mittwochs 7 1/2 Uhr in den vielen besten Schützenvereinen bekanntes Schützenfest in Gschloß und droht die ganze Stadt in Asche zu legen. Bis jetzt sind neun Häuser total in Asche gebrannt. Der große alte Gaskhof steht in Flammen. Das Rathaus, das Postgebäude und das Hotel der Stadt sind so stark bedroht, daß sie als verloren gelten. Der Brand entstand in einem Stall, von wo er sich mit rasender Schnelligkeit weiter verbreitete. Der rasche Ausbruch macht jede Vermuthung, das Feuer einzubrennen, unmöglich, obgleich die ganze Bevölkerung der Stadt auf den Wägen ist und bei den Wägen sitzen bleibt. Es herrscht bittere Kälte. — Nach später bei uns eingegangenen Meldungen wüthet das Großfeuer in unermüdlicher Stärke weiter. Das Postgebäude und das Hotel sind jetzt auch vom Feuer ergriffen. Wie dem „Ber. Vol.“ gemeldet wird, besteht nur geringe Aussicht, die Stadt vor der vollständigen Vernichtung zu retten. Aus verschiedenen Nachbarnorten sind Feuerwehrgesellschaften eingetroffen. Aus den schwebenden Rätenbüden Stadt und Simbrichmann sind Dampfmaschinen abgeholt worden, die sich an den Wägenarbeiten betheiligen werden.

Neueste Nachrichten.

Leipzig, 9. Febr. Gestern nachmittags erfolgte ohne Zwischenfall der Einzug des Regenten in die Hauptstadt.

Petersburg, 9. Febr. Gestern fand in der Universität eine Versammlung statt, an der nur ein Teil der Studenten teilnahm und in der beschlossen wurde, heute mit der Einstellung des Besuchs der Vorlesungen zu beginnen. Die Behörden einspreizten konnten, hatte sich die Versammlung schon wieder aufgelöst.

Petersburg, 9. Febr. Auch die höheren Frauenkurse haben beschlossen, den Besuch der Vorlesungen bis zum Ende des Frühjahrs einzustellen. Der Professorenrat hat einen Antrag erlassen, den Bescheid um zu unterbreiten, weil sonst eine völlige Schließung der Vorlesungen vorgekommen würde.

New York, 9. Febr. Nach einem Telegramm aus Smithville ist dort in der Reparaturwerkstatt ein Bommotorkessel explodiert. 10 Personen wurden getödtet und sieben verletzt.

Reklameteil.

Patentanwaltbüro Sack
Patent-Anwälte: Ing. O. Sack, Leipzig.
Dr. Ing. F. Spielmann.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Steuern und Abgaben der Januar, Februar und März cr., sowie die Feuerlohnbeiträge rüde auf 1/2 Jahr sind in der Zeit vom 1. Februar bis zum 15. Februar d. J. während der Vormittagsstunden an die hiesige Stadt-Casse zu zahlen.

Mücheln den 30. Januar 1911.
Der Magistrat. Polat.

Ab m. d. Halle
hebt zu vertriehen
Mücheln Nr. 19.

Von Freitag den 10. d. Mts ab steht wieder ein Transport großer und kleiner, russ. und preuß. Acker- und Wagenpferde

(darunter wie die Dänen) bei mir preiswert zum Verkauf.
Friedrich Bornschein, Naumburg a. S.,
Weingarten 14. Telefon 506.

Die Beste

und sicher wirkende medizinische Erle occur alle Hautverunreinigungen und Hautausfälle wie: e: Rötter, Finnen, Flechten, Mitosen, Geschwür etc. ist unbedingt die edelste Steckenpferd-Feuchtweser-Seife von Bergmann & Co., Rabstedt.

St. 50 Bg. bei W. Fuhrmann, Angerer Ww., Franz Wirth, Reinhold Wiese

Wohnung.

bis zu 40 Etern von Arbeiterfamilie, sofort oder 1. April d. J. beziedbar, gesucht. Offerten wollen man bei Herrn Kaufmann Goffe in Mücheln abgeben.

Kynolog. Verein Mücheln u. Umg.

Umhändehaber findet die Februar-Versammlung nicht am 12., sondern am 19. d. Mts statt.

- Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe des Vereinsabzeichens.
 2. Vorführung und Prämierung der Schäferhundrasse.
 3. Feiernsang-Lepensheit.
 4. Verhinderung.
 5. Antrag betreffs Veranstaltung einer öffentlichen Veranstaltung.
 6. Berichtsbekannt.
- Die wichtigsten Tagesordnung wegen ist späterer Bescheid erwünscht.

Beschluß.

Auf Antrag der ortsmitr. Frau Emma, Grub geb. Reichenbach in Werseburg als Erbin d. s. Helgehülten Heinrich Reichenbach und dessen Ehefrau Emilie geb. Roth verm. Rudolph in Werseburg wird die Verwaltung des Nachlasses des Verstorbenen ergo dnet und als Nachlassverwalter Herr Kaufmann Fried. R. Kuntz orte bestellt.

Werseburg, den 3. Februar 1911.
Königliches Amtsgericht

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Montag den 18. Februar 1911, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Feststellung des Haushaltsplans der Witwen- und Waisenkasse für 1911.
2. Feststellung des Haushaltsplans der Räumereinkasse für 1911.
3. Entlastung der Rechnungen:
 - a) des Altersheims für 1908.
 - b) der Schulleihe für 1908.
 - c) des Volksbades für 1908.
4. Entnahme von 5400 Mk. aus den Überschüssen der städtischen Sparkasse zum Unterhalt von 6 Krankenpflegerinnen.
5. Einrichtung von Lüftungsräumen für die Kaffeehäuser im Einkaufertiergärtner- und Vermittlung der Kosten in Höhe von 2750 Mk.
6. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Beratung der Schlichthoffrage.
7. Kostengutachtenstellung der H. E. G. für Umbau des elektrischen Leitungsganges in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910.
8. Sitzungen der Rentnerv-Einstellung.

Geheimer Sitzung.
Personalien.
Werseburg, den 7. Februar 1911.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
G. Empler.

Wohnung,

1. Etage, 400 Mk., 1. April zu beziehen
Cobianauer Str. 9.

Wohnung,

4 Zimmer, Küche und Zubehör, ist zu vermieten und am 1. April zu beziehen.
Auenstraße 2.

Junges, kinderloses Ehepaar

sucht zum 1. April fremde Wohnung, etwa 4 Zimmer Küche und Zubehör, Gas und Bad erwünscht. Offerten mit Preisangabe unter "Wohnung 4" an die Exped. d. Bl. erbeten.

3 bis 4-Zimmer-Wohnung,
am liebsten mit Garten, wird zum 1. April gesucht. Best. Offerten unter F F 9 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Zum 1. April zu beziehen

eine Wohnung,

bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Speise- u. Waschkammer, gasicht. Best. Offerten mit genauer Angabe der Preise und des Mietpreises unter A K 322 an Adolph Hoff, Werseburg, erbeten.

In besser Geschäftslage

Markt 33

ist ein Laden mit Kontor sofort oder später zu vermieten.

Paul Ehlert.

Haus-Verkauf.

Ein Wohnhaus in Werseburg, gute Lage, moderner und komfortabel, mit Laden und großem Hofraum, soll erbstlings halber da billig verkauft werden.
Best. Kaufinteressenten wenden an
W. Richter, Werseburg a. Seidenbeutel 17

7000 Mark

zur 1. Hypothek per 1. April anzunehmen
Off. unter F 9 an die Exped. d. Bl.

Ein eigenes Buffet, ein Speisetisch für 14 Personen, ein breiter Spiegel u. ein tiefes Wäsche- od. Kleiderbänkchen
soll zu verkaufen

Adolf Malprechts Tischlerei.

Billige

Speise-Kartoffeln

(hochprima Magnum bonum)
mehrere Waggons, a Stk. 3,25 Mark, solange der Vorrat reicht.

O. R. Schumann, Lauchstedter Straße 21.

Persil



Tadellos gewaschen
ist jedes Stück, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht, wenn Sie für Ihre Wäsche nur Persil gebrauchen, ohne Zusatz von Seife und Waschlauge. Kein Reiben und Bürsten, daher keine Zerstörung des Gewebes! Versuchen Sie es!
Erschüttele nur in Original-Paketem.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda.

Grosse Vieh- u. Inventar-Auktion in Zöllschen.

(Station Lützen oder Kötschau)
Am Donnerstag den 16. d. Mts.
von vormittags 10 1/2 Uhr an

sollen auf dem Gute Nr. 26 in Zöllschen bei Lützen wegen Wirtschaftsanfange das gesamte vorhandene lebende und tote Inventar und Vorräte öffentlich meistbietend unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden und zwar:

6 schwere, teils junge Arbeitspferde, 13 ganz vorzügliche Milchkuhe, 1 grosser und 1 kleiner Bulle, 4 Stck. Jungvieh, 1 Kalb, 20 div. Schweine, eine Anzahl Hühner, 1 Droschke, 1 Break, 1 Preschwagen, 1 Renn- und 1 Lastschlitten, 2 Stck. 4" und 2 Stck. 3" Ackerwagen, 1 Mähmaschine, 1 Grasmäher, 1 Drill-, Häcksel- und Reinigungsmaschine, 1 Göpel m. Dreschmaschine, 1 Viehwage, 1 Hackmaschine, 1 Futterschneider, 1 Krümmer, 1 Deizmalwagen, 1 Kutsch- und Ackergeräth, 1 Heu-, 1 Stroh-, 1 Spreu-, 1 Schnitzel-, 1 Kartoffeln-, 1 Hohl- und 1 Bockkarre, sowie noch viele andere zur Landwirtschaft gehörige Gegenstände.

Max Mendershausen, Bankgeschäft, Cöthen i. Anh.

Concordia

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Gegründet 1853.
Grundkapital: 30 Millionen Mark.
Unverfallbarkeit. ♦ Weltpolice. ♦ Unanfechtbarkeit.
Nähere Auskunft erteilt kostenlos:
Kaufmann Carl Herfurth in Merseburg.

Kaffette,
feuer- und diebstahlsicher fast neu fertig zu verkaufen.
O. R. Schumann,
Lauchstedter Straße 21.

Elegante Damenmaske zu verleihen
Neumarkt 78

Mehrere schwere, leichte jüngere

Arbeits-Pferde

suchen zum Verkauf.

Ernst Jauck.

Goldhof goldner Stern, Werseburg

Pferde zum Schlachten
auf 1. April zu verkaufen. Preise
R. Thurm, Halle a. S.
Johannes Thurm,
Glauchauer Str. 79 Telefon 518

Zöpfe
Unterlagen
Otto Stiebritz, Damen-Frisier-Salon.
Glauchauer Str. 32

Badpapier

unforterrt, so lange der Vorrat reicht, billig abzugeben.

Th. Rössner, Buchdruckerei,
Merseburg, Clarastr.

verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Rössner, Merseburg

Hab' Acht!
Ganz vorzüglich
E. Walthers Fichtennadel-

Brustbonbons

bei
Husten u. Heiserkeit
a 15, 30 und 50 Pfg. bei:
Julius Frommer, Unter Altenburg 18,
L. Meißel, Dampfab 2,
Paul Hoffe, Neumarkt 30,
Paul Schilke, Neumarkt 89,
Richard Selmar, Burgstr. 22,
Carl Wendisch, Bahnhofstr. 10.



Fleisch eingetroffen:

1a. starke Hasen,
auch zerlegt,
kleine Hasen
von Mk. 2,25 Mk. an,
gr. wilde Kaninchen,
1a. frische Reh- und Damwild-
Häuten, -Keulen und -Blätter,
Wildbroschfleisch, a Pfd. 30 Pf.,
Wildbroschfleisch, a Pfd. 50 Pf.,
frische junge Wildschweine - Keulen
und -Blätter,
feiste Fasanenhähne,
Schnee- u. Perlhühner, Kochhühner,
junge Tauben,
böhmische Spiegelfarpfen,
Schleie, Aale

empfehle **Emil Wolff.**

Achtung!
Empfehle frisches fettes junges
Roskfleisch
a Pfd. 35 Pfg.
W. Naundorf, Tiefere Keller.

Arbeitslohnzettel

hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rössner
Merseburg, Clarastr.

Belegenheitsstoffen billig

für
**Konfirmanden-
Kleider.**
Spez.: Schwarze Kleiderstoffe
C. Kosera.

Wringmaschinen

empfehle u. repariert
Oscar Baar, Gartenplan 9.
Vorzügliche

Wring-Maschinen

neue Walzen sofort
empfehle
Hermann Müller,
Schulestraße 19.

Herren- u. Damen- Waschgarderoben

in einwärts de Geru neu a
Kasche verleiht schäft von
Frau Anna Ruff,
Neumarkt 38.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Der Abnehmer des vierteljährlichen Bezugs erhält bei Bestellung ins Haus durch unsere Kurierboten in der Regel ein Exemplar des Correspondenten gratis; durch die Post 1.20 Mk. unter 42 Pf. Nachnahme. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal wochentlich in der Woche nachmittags. — Abdruck anderer Mitteilungen ist nur mit bester Danksagung gestattet. — Die Rückgabe unbenutzter Exemplare übernimmt die Redaktion nicht.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sonntägliche, Illustriertes Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeh.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Seite oder deren Raum für vier Wochen und mehr: 10 Mk., für den Rest 40 Pf. Bei langfristigen Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinungstag der Zeitung angenommen. — Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinungstag der Zeitung angenommen. — Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinungstag der Zeitung angenommen.

Nr. 35.

Freitag den 10. Februar 1911.

37. Jahrg.

Begnerische Fällungen.

Bei der Schlussabstimmung über das Vertzuwachsstenergesetz haben bekanntlich 17 Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei für das Gesetz gestimmt, die übrigen dagegen. Obwohl allgemein anerkannt wurde, daß der Grundgedanke des Gesetzes richtig sei, war für den größeren Teil der Partei entscheidend, daß eine Reihe von abwachsenden oder direkt ungerechtfertigten Bestimmungen allzu schwer gegen das Gesetz in die Waagschale fallen mußten. Wenn die Vertreter des Bundes der Landwirte schon jetzt, unmittelbar nach dem Zustandekommen des Gesetzes erklären, wie dies z. B. der Abg. Dr. Hahn in einer Wählerversammlung zu Götzig getan hat, daß die Freisinnigen dagegen, die Agrarier aber für das Gesetz gestimmt hätten, so steht diese Behauptung nach beiden Richtungen hin mit den Tatsachen im Widerspruch. Denn es ist auch hervorzuheben, daß eine Reihe hervorragender Agrarier sich dem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten haben. Wir erinnern hier nur daran, daß von der konservativen Partei Männer wie die Abgeordneten Graf Kanitz, v. Döhlenburg, Graf Schwerin in Schwitz, die Herr Dr. Hahn doch sicherlich als „Agrarier“ gelten lassen wird, sich dem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten haben. Es erscheint notwendig, schon jetzt der Fällung der Tatsachen, wie sie vom Bunde der Landwirte behauptet zu werden scheint, auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Selbstverständlich fehlt auch die antisemitische Presse nicht, wenn es gilt, die Ungelegenheit der Vertzuwachsstener als Agitationsmittel gegen die fortschrittliche Volkspartei auszunutzen, und ebenso selbstverständlich ist es, daß hierbei mit den üblichen persönlichen Verdächtigungen und positiven Unrichtigkeiten gearbeitet wird. So wird in den Deutschen Sozialen Blättern ausgeführt, man könne sich denken, welcher Art die vorgeschlagenen freisinnigen Verbesserungen seien: „Sind doch stehende Abgeordnete der Fortschrittler in schwer bezahlten Posten und Stellen in der dritten Besetzung der Abg. Cuno zahlreiche Verwässerungs-Anträge, die alle abgelehnt wurden.“

Auch hier erscheint also wieder die infame Verdächtigung, daß Abgeordnete der fortschrittlichen Volkspartei aus persönlichen Gründen gegen die Vertzuwachsstener gestimmt hätten, aber man wagt es nicht mehr, positive Namen zu nennen, nachdem seinerzeit die Nennung des Namens Dr. Neumann-Hofer dem antisemitischen Blatte eine so energische Zurückweisung

ebenfalls erklärte Stadtrat Gleich, haben viele Kreise in den städtischen Verwaltungen keine Freude und kein Zutrauen zu den Zweckverbänden, man hält sie für ein etwas konjunktives Mandat, das aus sehr wohl verstandenen politischen Gesichtspunkten, nämlich zur Zurückdrängung des Einflusses der großen Städte, ins Werk gesetzt werden soll. Und sicher ist allerdings, daß viele der Befürworter des Gesetzes wesentlich die Verhütung weiterer Eingebindungen bezwecken; man will nicht, daß die größeren Städte die Dörfer in ihrer Umgebung aufsaugen, dadurch immer größeren Gewicht in den Kreis- und damit auch in den Provinzialverwaltungen gewinnen und den Einfluß des Provinzialbüros zurückdrängen. Man will lieber den Zustand, daß durch Beschluß der Kreisverbände und der Bezirksverbände die Städte gezwungen werden können, mit anderen kleineren Gemeinden und Gutsbezirken Zweckverbände einzugehen „zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten“, d. h. derart, daß zunächst der Kreisverbände oder der Bezirksverbände, falls eine Gemeinde sich nicht freiwillig mit dem Eintritt einverstanden erklärt, deren Zustimmung ergänzt und daß demnach der Oberpräsident über die Bildung des Zweckverbandes endgültig beschließt. Der Zweckverband stellt dann gewissermaßen eine Gemeinde höherer Ordnung dar. Er hat seine eigene Gemeindevertretung, den Kreisverbände, in dem die Bürgermeister aller „zweckverbundenen“ Gemeinden und für jeden Gutsbezirk ein Vertreter sitzen, in dem aber, wenn im Zweckverband mehr als drei Gemeinden oder Gutsbezirke vertreten sind, kein Verbandsmitglied mehr als 1/3 der Stimmen haben darf. Eine große Stadt, die mit einem halben Duzend kleiner Orte zu einem Zweckverband, etwa für den Betrieb eines Elektrizitätswerkes oder zur Durchführung der Kanalisation, vereinigt ist, ist also sicher, stets überstimmt zu werden.

Der Zweckverband hat auch eine Art Bürgermeister, den Verbandsvorsitzer, der stets der Befähigung durch die Kommunal-Aufsichtsbehörden bedarf, auch wenn er an sich z. B. in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied einer solchen Befähigung gar nicht bedürfte.

Und der Zweckverband hat endlich auch eine Art Verfassung, eine Satzung und eine Art Verfassungsrecht: das Recht, Beiträge zu erheben; alle durch Beschlässe, die vereinbart werden, aber vom Kreis- (Bezirks-) Ausschuss befähigt und wenn sich die Beteiligten nicht einigen, in höchster Instanz vom Oberpräsidenten festgesetzt werden — bis Du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Alles dies gilt freilich nicht für alle Zweckverbände, sondern nur für diejenigen, die gebildet werden sollen, „weil das öffentliche Interesse die Verbindung zur Wahrung einzelner kommunaler Angelegenheiten verlangt“. Aber was öffentliches Interesse ist und wann das öffentliche Interesse die zwangsweise Verbindung verlangt, bestimmt nicht das Gesetz, sondern wieder Kreisverbände oder Bezirksverbände und Oberpräsident. Der Entwurf sagt nur, daß der Zwang, die „autoritative Verbandsbildung“, überall möglich sei, wo es sich um Aufgaben handelt, die den Gemeinden gesetzlich obliegen oder die von den einzelnen zu vereinigen Gemeinden bereits freiwillig übernommen sind oder um Elektrizitätsversorgung und öffentliche Verkehrsleistungen (Kleinbahnen usw.).

Mit Recht wurde in den Versammlungen darauf hingewiesen, daß diese Begriffe teils vollständig unbestimmt sind, teils gerade die wichtigsten und finanziell bedeutungsvollsten Gemeindefunktionen in sich fassen, die also durch die Zwangs-Zweckverbandsbildung den Gemeinden, die sie ins Leben rufen, aufs einfachste aus der Hand genommen werden können.

(Schluß folgt.)

Erinnerungen an den Abg. Singer

veröffentlicht Bebel im „Vorwärts“. Aus ihnen geht hervor, daß Singer schon 1868 sich zur Sozialdemokratie bekannte. Er gehörte zu der Minderheit, die im Berliner Arbeiterverein bei der Abstimmung über den Antrag, dem Nürnberg-Pro-

gramm zuzustimmen, unterlag. Die Minderheit mit Singer gründete darauf den Demokratischen Arbeiterverein und schloß sich im nächsten Jahre der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach an. — In den Aufzeichnungen Bebel's ist auch eine Spielkarte ausserordentlich interessant. Bebel erzählt:

Ende 1887 erwarb Paul Singer durch einen Beamten, der auf dem Berliner Polizeipräsidentium in der Abteilung für die politische Polizei beschäftigt war und uns für Geld Spielkarten leistete, daß eine Anzahl Parteigenossen im Dienste der politischen Polizei Parteiverrat übten. Als Hauptspione wurden in den Reichslisten der Schreiber Schröder in Jülich und der Gelehrte Haupt in Genf genannt, die beide an diesen Orten eine tätige politische Rolle spielten. Auf Grund der Informationen, die wir nach Jülich gaben, gelang es unseren dortigen Genossen, die beiden hiesigen Polizeispione zu entlarven, die nacheinander hinter Schloß und Riegel saßen und für uns sehr wertvolle Gefändnisse abgelegt hatten. Da nun Bismarck um dieselbe Zeit eine abnormale Verlängerung und bedeutende Verschärfung des Sozialistengesetzes vom Reichstag verlangte, hatten wir das höchste Interesse, durch einen Generalschlag die Bismarckschen Pläne zu zertrümmern. Gleich nach Neujahr reisten Paul Singer und ich unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln, damit unsere Reise nicht von der Polizei entdeckt würde, von Dresden nach Jülich. Es galt, eine offizielle Bestätigung der Gefändnisse zu erlangen, die Schröder und Haupt gemacht hatten, wodurch ihre photosonische und verbrecherische Tätigkeit erwiesen wurde.

Es gelang uns, hinter dem Rücken des Jülicher Polizeihauptmanns Einsicht in die Untersuchungsakten zu nehmen. Wir erzielten aus denselben, was uns wichtig schien, formulierten alsdann eine Erklärung auf Grund dieser Untersuchungsergebnisse und legten diese dem Polizeihauptmann, der nicht wenig verwundert war, daß die Ergebnisse unserer Untersuchung mit denen in seinen eigenen Akten bis auf einen Nebenpunkt genau übereinstimmen, zur Beglaubigung vor. Anfangs sträubte er sich, aber Zureden half, er verlaubigte unsere Forderungen. Als dann nachher Singer im Reichstag die Resultate unserer Jülicher Reise zur Kenntnis brachte und wir gleichzeitig die vom Jülicher Polizeihauptmann amtlich bestätigten Gefändnisse der von preussischem Polizeigebiet unterhaltenen Protokollanten im Reichstag zur Verteilung brachten, war das Schicksal der verschärften Sozialistengesetzvorlage entschieden. Es blieb bei der einfachen Verlängerung des bisherigen Gesetzes.

Zu den Reichstagswahlen.

Auch in brandenburgischen Reichstagswahlkreisen, die bisher dem Liberalismus wenig Aussichten zu bieten schienen, regt sich jetzt ein lebhafterer politischer Geist, der den liberalen Bestrebungen zugute kommt. Zwei dieser Wahlkreise, A und B, waren bei den Brandenburgischen der nationalliberalen und der fortschrittlichen Partei noch hauptsächlich der Kandidaturen offen gelassen worden. Nunmehr ist endgültig entschieden, daß in Arnswalde Feinberg ein nationalliberaler und in Rönigsberg ein freisinniger Kandidat aufgestellt werden soll. In letzterem Wahlkreise wurde die Wahlbewegung bereits kurz nach Weihnachten in einer ausgerechnet vertraulichen Versammlung zu Rönigsberg eröffnet in der der Parteisekretär Ebel unter lebhafter Zustimmung sprach. Für den nächstgelegenen Teil des Wahlkreises wurde am Montag in Pätzin die Kampagne mit einer vortrefflich beachteten Versammlung eröffnet, die einen vollen Erfolg für die liberale Sache brachte. Unter dem Vorhitz des Justizrats Arnold referierte Parteisekretär Ebel über die durch das Zustandekommen des schwarzblauen Blocks geschaffene allgemeine politische Lage, während Redakteur Edmannsdröffer über die gegenwärtig den Reichstag und

